

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 3. April 2024

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab April 2024 1
2. Prozessrecht: Nach OLG Frankfurt/M. kann, wer auf der Flucht ist, nicht klagen 1
3. Besonderes Verwaltungsrecht: VG Mainz verneint bei fehlendem Masernimpfschutz Anspruch auf Betreuung in Kindertagesstätte 2
4. Zivilrecht: LG Oldenburg lehnt Schmerzensgeld und Schadensersatz nach Verbrühungen mit heißem Tee ab 2
5. Arbeitsrecht: BAG bejaht Anspruch auf Lohnfortzahlung wegen Covid auch für Ungeimpfte 2
6. Datenschutzrecht: BVerwG verneint Recht auf Anonymität bei Antrag über Plattform Frag-den-Staat 3
7. Europarecht: Nach EuGH dürfen Fingerabdrücke im Personalausweis gespeichert werden 3
8. Sozialrecht: BSG bejaht Arbeitsunfall im Home-Office bei Verpuffung im Heizkessel 3
9. Besonderes Verwaltungsrecht: Nach VG Gießen darf Feuerwehr für spontane Hilfe bei Reifenpanne keine Gebühren erheben 4

Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab April 2024

Die Bundesregierung gibt auf ihrer Homepage einen Überblick über die gesetzlichen Neuregelungen, die ab April 2024 gelten. Unter anderem informiert die Bundesregierung darüber, dass es Änderungen beim Elterngeld gibt und Erwachsene jetzt legal Cannabis konsumieren dürfen. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Prozessrecht: Nach OLG Frankfurt/M. kann, wer auf der Flucht ist, nicht klagen

Im Fall eines aus der Justizvollzugsanstalt entflohenen Häftlings, der der Presse von „unterwegs“ verbieten wollte, über ihn zu berichten, hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit Beschluss vom 07.03.2024 (Az.: 16 W

5/24) entschieden, dass, wer geflohen ist, keine ladungsfähige Adresse mehr hat und daher keine zulässige Klage mehr erheben kann. ...

Quelle: Oberlandesgericht Frankfurt am Main

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: VG Mainz verneint bei fehlendem Masernimpfschutz Anspruch auf Betreuung in Kindertagesstätte

Ein Rechtsanspruch eines Kindes auf Betreuung in einer Kindertagesstätte besteht nur bei Vorlage eines Nachweises eines ausreichenden Impfschutzes bzw. Immunität gegen Masern oder eines aussagekräftigen ärztlichen Zeugnisses darüber, dass das Kind aufgrund einer individuellen medizinischen Kontraindikation nicht geimpft werden kann. Dies hat das Verwaltungsgericht Mainz mit Beschluss vom 07.03.2024 (Az.: 1 L 98/24.MZ) entschieden. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Mainz

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: LG Oldenburg lehnt Schmerzensgeld und Schadensersatz nach Verbrühungen mit heißem Tee ab

Das Landgericht Oldenburg hat mit Urteil vom 15.03.2023 (Az.: 16 O 2015/23) eine Klage auf Schmerzensgeld und Schadensersatz wegen einer Verletzung durch einen von der Beklagten verkauften Tee abgewiesen. Entschieden wurde u.a., dass ein Schadensersatzanspruch nicht auf eine zu hohe Temperatur des Tees gestützt werden kann. ...

Quelle: Landgericht Oldenburg

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: BAG bejaht Anspruch auf Lohnfortzahlung wegen Covid auch für Ungeimpfte

Mit Urteil vom 20.03.2024 (Az.: 5 AZR 234/23) hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass im Fall einer Corona-Infektion einen Anspruch auf Lohnfortzahlung durch seinen Arbeitgeber auch hat, wer sich nicht hat impfen

lassen. Zudem wurde vom Bundesarbeitsgericht festgestellt, dass es unerheblich ist, ob die Infektion symptomfrei verläuft. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Datenschutzrecht: BVerwG verneint Recht auf Anonymität bei Antrag über Plattform Frag-den-Staat

Wer eine auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gestützte Anfrage über die Plattform Frag-den-Staat einreicht, hat keinen Anspruch auf Anonymität. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 20.03.2024 (Az.: 6 C 8.22) entschieden. ...

Quelle: Bundesverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Europarecht: Nach EuGH dürfen Fingerabdrücke im Personalausweis gespeichert werden

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 21.03.2024 (Rs. C 61/22) entschieden, dass es weder gegen die Datenschutz-Grundverordnung noch gegen die EU-Grundrechte-Charta verstößt, wenn in Personalausweisen Fingerabdrücke gespeichert werden. ...

Quelle: Europäischer Gerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Sozialrecht: BSG bejaht Arbeitsunfall im Home-Office bei Verpuffung im Heizkessel

Ein Busunternehmer steht unter Unfallversicherungsschutz, wenn er im Homeoffice beim Hochdrehen der Heizung durch eine Verpuffung im Heizkessel verletzt wird. Dies hat das Bundessozialgericht mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: B 2 U 14/21 R) entschieden. ...

Quelle: Bundessozialgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: Nach VG Gießen darf Feuerwehr für spontane Hilfe bei Reifenpanne keine Gebühren erheben

Rückt die Feuerwehr umsonst zu einem Einsatz aus und hilft stattdessen spontan einer Autofahrerin beim Reifenwechsel, darf sie dafür keine Gebühren erheben, so das Verwaltungsgericht Gießen in einem Urteil vom 25.03.2024 (Az.: 2 K 2103/23.GI). ...

Quelle: Verwaltungsgericht Gießen

[mehr](#)

[nach oben](#)
